NACHRICHTEN AG

05. Mai 2025

Neues Bündnis in Deutschland: Pessimismus bei Bürgern zur Koalition!

Bundestagswahl am 5. Mai 2025: Die neue Koalition aus CDU und SPD unter Friedrich Merz präsentiert Ministerposten und Maßnahmen.

Deutschland - Am Montag, dem 5. Mai 2025, wählt der Bundestag im Rahmen einer bedeutenden politischen Umwälzung Friedrich Merz von der CDU zum neuen Kanzler der Bundesrepublik Deutschland. Dies markiert den Auftakt einer neu gebildeten Regierung aus CDU, CSU und SPD, die nach intensiven Verhandlungen von vier Wochen ihren Koalitionsvertrag unter dem Titel „Verantwortung für Deutschland“ unterzeichnen wird.

Die SPD, unter der Führung von Lars Klingbeil, stellt ihre Ministerriege vor. Klingbeil übernimmt die Funktion des Vizekanzlers und Finanzministers. Die neue Ministerriege der SPD umfasst sieben Ressorts, darunter Verteidigung, Justiz,

Arbeit, Umwelt und Bauen und Wohnen. Umweltexperte Carsten Schneider wird als neuer Umweltminister gehandelt, und Verena Hubertz wird als Bauministerin genannt. Besonders hervorzuheben ist, dass Reem Alabali-Radovan die Position der neuen Entwicklungsministerin übernehmen soll, während Saskia Esken nicht Teil der neuen Regierung ist.

Öffentliche Meinung und Skepsis

Trotz der neuen Regierung gibt es erhebliche Zweifel in der Bevölkerung. Laut einer aktuellen Umfrage von YouGov sind 54% der Bürger pessimistisch, was die zukünftige Stimmungslage in Deutschland betrifft. 43% sind nicht optimistisch, dass die neue schwarz-rote Regierung erfolgreicher arbeiten wird als die Vorgängerregierung. Lediglich 29% glauben an eine Verbesserung. Diese Skepsis wird durch die jüngsten politischen Entwicklungen und den Koalitionsvertrag befeuert, der mit seinen 144 Seiten konkrete Maßnahmen und Herausforderungen für die kommende Regierung definiert.

Koalitionsvertrag und geplante Maßnahmen

Der Koalitionsvertrag umfasst zahlreiche Maßnahmen, darunter fiskalische Anreize für die Wirtschaft, eine gesetzliche Garantie des Rentenniveaus von 48 Prozent bis 2031 und eine angestrebte Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Euro pro Stunde. Zusätzlich sieht der Vertrag vor, dass Asylgesuche an den EU-Außengrenzen zurückgewiesen werden können. Merz beschreibt den Vertrag als ein „starkes Signal“ an die Bürger und Europa. Wirtschaftsökonomen wie Clemens Fuest betonen, dass die Maßnahmen im Rahmen des fiskalisch Möglichen blieben und Investitionen förderten.

Im Bereich der Innenpolitik wird eine Rücknahme des umstrittenen „Heizungsgesetzes“ und die Einführung eines neuen Gebäudeenergiegesetzes angestrebt. Die neue Regierungskoalition plant, die Leistungen des Bürgergeldes zu verschärfen. Dies könnte zu einem vollständigen

Leistungsentzug führen, sollte eine Person wiederholt zumutbare Arbeitsangebote ablehnen.

Die Veränderungen treffen auf internen Widerstand, vor allem in der Union. Insbesondere Merz steht aufgrund interner Kritik vor Herausforderungen. Unabhängig davon haben die Koalitionspartner gemeinsam 328 Abgeordnete im neuen Bundestag, wodurch sie eine einfache Mehrheit sichern können.

Insgesamt sind sowohl die Regierung als auch die öffentliche Meinung in einer spannenden und herausfordernden Phase. Während die neue Koalition antritt, ist die Frage, ob sie den Erwartungen der Bürger gerecht werden kann, noch offen. Es bleibt abzuwarten, wie sich die politischen Prioritäten und Herausforderungen in den kommenden Monaten entwickeln werden.

Für weitere Details zu diesen Entwicklungen können Sie auf die Berichte von **Welt**, **ZDF** und **Deutschland.de** zurückgreifen.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Deutschland
Quellen	• **www.welt.de** • **www.zdf.de** • **www.deutschland.de**

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de